

Ayodhya - drei Jahre danach

von Seema Mustafa

Die "Halbwertzeit" des Vergessens ist meist kürzer als die von atomarer Strahlung. Doch im Falle Ayodhya sorgen schon die politisch Hauptverantwortlichen für die Zerstörung der Babri Moschee am 6. Dezember 1992 dafür, daß dieses erschreckende Ereignis vorläufig nicht vergessen wird. Denn aus der Sicht der 'Rashtriya Swayamsevak Sangh' (RSS) und der 'Bharatiya Janata Party' (BJP) ist das "Werk" erst zur Hälfte vollbracht, und die Hardliner geben sich solange nicht zufrieden, bis nicht der von ihnen geplante Rama-Tempel errichtet ist.

Die Stadt Ayodhya ist heute schon voll von Hinweisschildern, die den Besucher zum 'Ram Janmabhoomi'-Tempel dirigieren. Schon bald nach der Zerstörung der Moschee hatte die damalige BJP-Regierung von Uttar Pradesh die Anbringung der Hinweistafeln verfügt - und damit signalisiert, was Zentral- wie Staatsregierung noch nicht offen auszusprechen wagten: daß der Ort, an dem

Jahrhunderte lang die Babri-Moschee gestanden hatte, nun offiziell als der Geburtsort von Gott Rama anerkannt wurde. Damit wurde die Beseitigung der unerwünschten Moschee quasi nachträglich offiziell bestätigt.

Für die säkularen Parteien Indiens ist das Thema 'Ayodhya' offenbar erledigt; sie glauben, ein weiteres Erinnern würde nur den Fundamentalisten in die Hände spielen. Sicherlich entbehrt es nicht einer gewissen Logik, daß der letztlich für die Zerstörung hauptverantwortliche Mann, der damalige und heutige indische Premierminister Rao, von dem Thema nichts mehr wissen will: Es gefährdet in jedem Fall seine Wiederwahl. Und nicht zufällig funktioniert unsere Mediendemokratie so, daß die Meinungsmacher Raos Wunsch gerne folgen und alles zur Förderung des kollektiven Gedächtnisschwundes unternehmen.

Wir kennen dieses Schema nur zu gut: Als 1984 nach der "Operation Blue Star" Tausende von Sikhs in Delhi massakriert

wurden, später in Assam ebenfalls Tausende der organisierten Gewalt zum Opfer fielen oder bei Gewalttätigkeiten in Surat, Bombay und Ahmedabad - um nur einige Orte zu nennen - ums Leben kamen, wurde auch nur ein einziger der Verantwortlichen öffentlich zur Rechenschaft gezogen? Doch die Reaktion der Meinungsmacher aus der Mittelklasse ist nicht schwer zu erraten: "Warum diese alten Geschichten wieder aufwärmen und damit erneut Unruhe schüren?"

Warum muß man dennoch an diese Grausamkeiten erinnern? Weil es nicht um einzelne isolierte Gewaltakte geht, sondern darum, daß die Verantwortlichen endlich zur Rechenschaft gezogen werden. Der Wiederaufbau der Moschee ist sicherlich keine problemadäquate Antwort, aber die Freigabe des Geländes für die Errichtung des Ram Janmabhoomi-Tempels ist genauso wenig die Lösung. Die Genehmigung zur Errichtung des Tempels würde all diejenigen in ihrer Haltung bestätigen, die Gewalt als



Demonstration für die Verständigung zwischen den Volks- und Religionsgruppen Indiens (Foto: Walter Keller)

Mittel zur Durchsetzung ihrer Ziele anwenden. Und der Mantel des Schweigens, den man über das Thema legt, verstärkt den fatalen Eindruck, daß die Regierung gegenüber Minderheiten und allen Opfern kommunalistischer Gewalt gleichgültig ist.

Das Thema "Babri Masjid" wurde zu einer Auseinandersetzung zwischen Hindus und Moslems hingebogen. Diese Art der Darstellung könnte auch die merkwürdige Zurückhaltung vieler politischer Parteien erklären, die in einem politischen Klima, in dem Säkularismus mit einer Pro-Moslem-Haltung gleichgesetzt wird, lieber Augen, Mund und Ohren verschließen. Als die Verantwortlichen in Staats- und Zentralregierung die Fanatiker auf beiden Seiten als Sprachrohre in dem Konflikt akzeptierten, akzeptierten sie damit gleichzeitig die vereinfachende und symbolische Zuspitzung des Themas auf einen Hindu-Moslem-Konflikt. Die moderaten säkularen Töne wurden nicht mehr gehört.

Der eigentliche Konflikt, der unter dem Thema "Babri Masjid" zum Vorschein kommt, ist der Kampf gegen die säkulare indische Verfassung und die Legitimität der staatlichen Organe. Als der Staat/die Regierung - zu schwach, um ihre politische Verantwortung anzuerkennen - auf den konstruierten Hindu-Moslem-Antagonismus einschwenkte, erklärte sie damit ihren eigenen Bankrott. In der Tat hat keine der Regierungen der letzten Jahre auch nur den Versuch unternommen, den säkularen, anti-kommunistischen, gewaltfreien und toleranten Charakter, der in der Tradition des indischen Staates und seiner Verfassung liegt, zu stärken. Dazu hätte man vor allem auch die selbsternannten religiösen und halb-religiösen Führer

und Verführer als das demaskieren müssen was sie sind, nämlich als machtbesessene Vertreter ihrer eigenen Interessen. So entstand die paradoxe Situation, daß die Regierungen immer wieder Bekenntnisse zum säkularen Charakter des Staates und zur obersten Rechtsprechung abgaben, gleichzeitig aber durch ihr Schweigen gegenüber den Scharfmachern der Polarisierung den Boden bereiteten. Stimmen, die schon lange vor der Zerstörung der Moschee die Regierung aufgefordert hatten, für den Schutz derselben zu sorgen, waren beiseite gedrängt und zum Schweigen gebracht worden. Die politischen Parteien suchten währenddessen immer noch nach der richtigen "Strategie", um mit diesem Problem umzugehen.

Einfach "Gras über die Sache wachsen zu lassen", ist heute sicherlich nicht die adäquate Methode, mit dem Thema Ayodhya umzugehen. Die Wunden, die die Zerstörung der Babri Moschee hinterlassen hat, sind zu tief, und jede neue Provokation - sei sie auch scheinbar noch so klein - reißt sie wieder neu auf: Angst, Unsicherheit und Panikreaktionen sind die Folge, nicht nur bei den ethnischen und religiösen Minderheiten, sondern letztlich bei allen, die sich der konkreten und in der indischen Verfassung festgeschriebenen Vision einer säkularen Gesellschaft verpflichtet fühlen. Die Antwort liegt aber sicherlich genauso wenig darin, die Gräben zwischen der Hindu-Mainstream-Gesellschaft und den Minderheiten durch Schürung von Emotionen immer wieder neu aufzureißen. Die bisher angewandten Strategien greifen sehr kurz und sind sogar teilweise gefährlich: Die mit dem Antiterrorgesetz TADA verbundene Gesetzgebung ist zu scharf, unabhängig davon,

ob sie gegen Moslems oder gegen Hindus angewandt wird. Und mit einer Verschärfung der Gesetze ist niemandem gedient, auch wenn interessierte Kreise TADA besonders den Moslems schmackhaft machen wollen. Auch die Einführung von Urdu als Pflichtsprache in den Schulen und die Neu-Ernennung von Urdu-Lehrern ist allenfalls ein symbolischer Akt und nutzt den Moslems letztlich wenig: Urdu ist nicht "die" Sprache der Moslems, als die sie immer wieder deklariert wird. Auch die Auflösung der PAC (Public Assistant Committee, einer Art Zivilpolizei) ist genauso wenig ein Zugeständnis an die Moslems, sondern eher an die arme Landbevölkerung in Uttar Pradesh, die - ob Hindus oder Moslems - meist Opfer der Übergriffe der schießwütigen und schlecht ausgebildeten PAC waren. Und auch der Widerstand gegen die Einführung eines einheitlichen Zivilrechts war keineswegs überwiegend eine Sache der Moslems, auch wenn diese dabei beispielsweise ihr islamisches Scheidungsrecht hätten aufgeben müssen, sondern vielmehr ein Zeichen für den Widerstand gegen die Unterdrückung durch einen zentralistischen Staat.

Die säkularen, anti-kommunistischen Parteien sind also konkret gefordert, sich etwas neues einfallen zu lassen. Wer das Feld nicht den fundamentalistischen Kräften überlassen will, darf nicht schweigen - weder zu den Ausfällen des 'Vishwa Hindu Parishad' (VHP) und der RSS, noch zu den Tiraden der moslemischen Extremisten. "Moslemische" Themen wie Urdu als Pflichtsprache oder islamische Familienplanung müssen entideologisiert und in einen säkularen Kontext gebracht werden.

(Übersetzung: Thomas Stukenberg)

Ergebnisse des Widerstands gegen das Narmada-Projekt

von Shripad Dharmadhikary, NBA

Am 31. Oktober 1995 haben in New Delhi die Verhandlungen über eine Klage der 'Narmada Bachao Andolan' (NBA) vor dem Obersten Gerichtshof begonnen. Das Ziel: Die Arbeiten am Sardar Sarovar Staudamm, dem größten Staudammprojekt Indiens, zu stoppen. Seit dem Bericht der unabhängigen Untersuchungskommission von Bradford Morse und Thomas Berger, 1992, hat die Kritik an diesem Projekt (SSP) immer weiter zugenommen. Dabei konnten die Aktivitäten der NBA wesentlich zur Aufklärung über die Mißstände beim SSP beitragen.

Im Juli 1993 veröffentlichte das 'Tata Institute of Social Sciences' in Bombay, das bis dahin mit dem Monitoring der Umsiedlungsaktivitäten beim 'Sardar Sarovar Project' beauftragt war, einen Bericht über seine Arbeit zwischen 1986 und 1993. Der Bericht stellt eine ver-

nichtende Bilanz der Umsiedlungen beim SSP dar und fordert, das Projekt zu stoppen und neu zu überprüfen.

Nicht zuletzt aufgrund von Protesten der NBA wurde im August 1993 eine fünfköpfige Untersuchungskommission der indischen Regierung zur Überprü-

fung der Kritik am SSP eingesetzt. Die sogenannte 'Five Member Group' (FMG) schloß ihre Untersuchungen im Juli 1994 ab, ihr Abschlußbericht wurde aber auf einen Gerichtsbeschuß hin vorerst geheim gehalten.

In der Zwischenzeit hatten auch die